



Frank-Walter Steinmeier

„Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich gibt es nicht“

Rede und Gespräch mit Historikerinnen und Historikern
zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches
in Schloss Bellevue am 13. Januar 2021

Including English translation / avec la traduction française



Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Einen ungetrübten Blick auf das Kaiserreich gibt es nicht“

Rede und Gespräch mit Historikerinnen und Historikern
zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches
in Schloss Bellevue am 13. Januar 2021



Der Bundespräsident

Von der „verspäteten Nation“ sprach Helmuth Plessner, vom „ruhelosen Reich“ Michael Stürmer, von einer „nervösen Großmacht“ Volker Ullrich, vom „Machtstaat vor der Demokratie“ Thomas Nipperdey. Immer wieder haben Historiker das deutsche Kaiserreich als Problemfall der deutschen Geschichte charakterisiert, nicht nur, aber auch an Gedenktagen.

Gedenktage kommen ungerufen, stellte Gustav Heinemann aus Anlass des 100. Jahrestages der Gründung des Deutschen Reiches fest. Vor fünfzig Jahren gedachte man der Reichseinigung in einem wieder geteilten Land. Der Mangel an festtäglicher Stimmung war vor diesem Hintergrund erklärlich. Aber Heinemanns Unbehagen ging tiefer. Er sah keinen Grund zur Feier einer Reichsgründung, die ein Jahrhundert zuvor wohl für die Herstellung der äußeren Einheit Deutschlands gesorgt hatte, aber weder für die innere Einheit und Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger noch für äußeren Frieden.

Zum Anlass des Gedenkens, dem am 18. Januar 1871 in Versailles proklamierten Kaiserreich, hatte die deutsche Nachkriegsgesellschaft – erst recht nach der Teilung des Landes – auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze kein Verhältnis gefunden.

Heute, mitten in einer Pandemie und unter den Bedingungen von Reise- und Kontaktbeschränkungen, möchte man sagen: Gedenktage kommen mitunter nicht nur ungerufen, sondern auch ungelegen.

Nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlangt, so mein Eindruck, heute niemand. Der 18. Januar ist kein Datum, das im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wirklich präsent ist. Und wer mit dem Tag der Ausrufung Wilhelms I. zum deutschen Kaiser im Schloss von Versailles noch etwas verbindet, der hegt wohl bestenfalls zwiespältige Gefühle für ein Ereignis, dessen triumphale Geste nicht nur den unterlegenen Kriegsgegner Frankreich demütigen sollte, sondern auch ein Reich begründete, an dessen Ende erneut ein Krieg mit Frankreich stand.

Wir Deutsche stehen dem Kaiserreich heute so beziehungslos gegenüber wie den Denkmälern und Statuen von Königen, Kaisern und Feldherren aus dieser Epoche. Sie sind hier in Berlin und an vielen anderen Orten zwar im Stadtbild präsent, aber sie entfalten keine prägende Kraft. Es scheint eine stumm gewordene Kulisse zu sein, die den meisten nichts mehr sagt. Wiederaufgebaute Architektur wie das Berliner Stadtschloss, die auf das preußisch geprägte Reich zurückweist, muss eine neue Identität und Bestimmung in der Demokratie erst noch finden – was schwer ist, wie wir wissen und sehen.

Unsere Perspektive auf diese Epoche deutscher Geschichte ist gebrochen, schon durch die Kriege, mit denen die Einheit erzwungen wurde, vor allem aber durch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Einen ungetrübten Blick zurück auf das Kaiserreich, vorbei an Völkermord, an zwei Weltkriegen und einer von ihren Feinden zerstörten Republik, gibt es nicht und kann es nicht geben.

Doch genau das macht den Blick zurück so notwendig, interessant und lehrreich. Kontinuität und Zwangsläufigkeit sind eben nicht dasselbe. Ja, es gibt sie, die Heerstraße, die alle Kriege von 1871 bis 1945 verbindet. Doch das heißt nicht, dass es keine Wege gab, die in andere Richtungen und zu anderen Entwicklungen hätten führen können und die man hätte beschreiten können. Wer die Geschichte nur vom Ende her liest, vergibt jede Chance auf Erkenntnis und übersieht Handlungsspielräume und auch persönliche Verantwortung.

Der Nationalsozialismus steht nicht mehr als ein „erratischer Block“ zwischen der Gegenwart Deutschlands und seiner Vergangenheit, seitdem man begonnen hat, ihn endlich selbst in den Blick zu nehmen; seit nicht mehr gelehrt wird, was in dem „Mörderhaus“ geschehen ist, von dem Golo Mann 1958 schrieb, es stehe als ein „verfluchtes Haus“ in der Erinnerung der Deutschen. „Leugnen wir nicht, was in ihm vorgegangen ist“, hatte Golo Mann verlangt. „Glauben wir aber auch nicht, es hätten alle Wege der deutschen Geschichte mit Notwendigkeit diesem schlechten Ende zugeführt. Und denken und handeln wir nicht, als hätten wir überhaupt keine Vergangenheit [...] Die Geschichte ist nicht tot. Durch das, was vor uns war, sind wir geworden, was wir sind.“



Ansprache im Großen Saal von Schloss Bellevue

Ein lebendiges Bewusstsein für unsere Gegenwart gewinnen wir auch und gerade durch die Auseinandersetzung mit und, ja, auch den Streit über Geschichte. Wer Parlamentarismus und Demokratie in unserem Land verteidigen will, muss ihre Geschichte und Bedingungen genauso kennen wie die ihrer Gegner, muss die Sinne für historische Kontinuitäten und Brüche schärfen und weiter in die Vergangenheit zurückschauen, in die Zeit der Freiheitsbewegung, des Vormärz und der Revolutionsbewegung von 1848.

Und wer meint, den Nationalsozialismus als eine Marginalie der deutschen Geschichte behandeln zu können, ignoriert eben zum guten Teil die Vorbelastungen in Gestalt von Militarismus, nationaler Überheblichkeit, Antiparlamentarismus und Antisemitismus, für die Wurzeln auch im Kaiserreich gelegen haben.

Für unser Zusammentreffen heute gibt es gute Gründe: Jede Generation ist vor andere Fragen gestellt und hat eigene Fragen an die Geschichte. Die, in welche Tradition sich das wiedervereinigte Deutschland vor dreißig Jahren stellte, diese Frage ist beantwortet. Es sind die Traditionen von Freiheit, von Demokratie und einer europäischen Friedensordnung. Doch das macht die Beschäftigung mit der Geschichte des Kaiserreichs und seiner Gründung noch nicht obsolet.

Im Gegenteil: Diese Epoche ist heute noch einmal neu zu befragen. Ihren Traditionslinien und -brüchen in der eigenen Geschichte nachzugehen, lohnt sich – gerade jetzt in unseren Tagen, besonders in einer Zeit, in der wir doch ganz ähnliche Fragen an die Gegenwart stellen:

Der Aufstieg des deutschen Kaiserreichs zur globalen Militär- und Wirtschaftsmacht erinnert in manchem an den Aufstieg Chinas heute; Modernisierung und rasche Veränderungen damals waren Anlass für Verunsicherung, die Nationalismus und Populismus befeuerten; ähnliche Reaktionen erleben wir heute im Gefolge von Globalisierung und gesellschaftlichem Wandel; und nicht zuletzt sehen zum Beispiel Christopher Clark und Hélène Miard-Delacroix in Persönlichkeit und Regierungsstil Wilhelms II. sogar Parallelen zum scheidenden US-Präsidenten Trump.

Wenn ich zusätzlich auf die Erosion der internationalen Ordnung schaue, dann stellt sich doch die Frage: Droht der Weltpolitik ein Rückfall in nationalen Egoismus und brutale Machtlogik, mit allen Konsequenzen nach innen und nach außen – eine Machtpolitik, wie sie einst in einen Weltkrieg führte?

Allein der kleine Kreis, der heute hier zusammenkommt, hat eine Vielzahl neuer Antworten und Erkenntnisse zusammengetragen. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie unserer Einladung gefolgt und – soweit möglich – nach Berlin gekommen sind, der alten Hauptstadt des untergegangenen Preußens.

Mir scheint jedenfalls, dass es über die preußische Urheberschaft dieses Gedenktages kaum eine abweichende Meinung geben kann: Das deutsche

Kaiserreich, wie es am 18. Januar 1871 proklamiert wurde, war – abseits der andernorts erhofften Einigung der deutschen Länder – eine preußische Gründung. Und nirgendwo sonst, mit Ausnahme Potsdams vielleicht, ist das Erbe Preußens und sind die Erben Preußens so gegenwärtig wie hier in Berlin.

Ja, manches ist gerade vor unseren Augen noch einmal entstanden, neu entstanden als doppelgesichtige, historisierend-moderne Rekonstruktion, wie das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern.

Was könnte anschaulicher zeigen, wie Geschichte in die Gegenwart hineinragen kann, als die Idee des Humboldt-Forums? Ein Ort, dessen Name an die preußische Aufklärungstradition erinnert, aber eben auch ein Ort, an dem das kaiserliche Erbe des deutschen Kolonialismus besichtigt und hinterfragt werden soll und der nun, noch vor seiner Eröffnung fürs Publikum, auch Diskussionen provoziert. Mit Geschichte in der Gegenwart umzugehen, auch mit unserer Kolonialgeschichte, bleibt Herausforderung und anspruchsvoller Lernprozess zugleich.

Doppelgesichtig wie das neu erstandene Schloss scheint mir auch das Reich der Hohenzollern selbst. In dem knappen halben Jahrhundert seiner Existenz steht es zwischen Reaktion und Moderne, konnten so unterschiedliche Charaktere wie Heinrich und Thomas Mann vollkommen Gegensätzliches in ihm entdecken, verstand der eine es als Hort der Gewalt, der Unterdrückung von Freiheit, während der andere es noch 1914 als ein „soziales Kaisertum“ für wert hielt, in einem „großen, grundanständigen, ja feierlichen Volkskrieg“ verteidigt zu werden.

So gründlich und öffentlich wie Thomas Mann hat später freilich kaum ein Deutscher sein Urteil revidiert. Als er 1922 ein Bekenntnis zur Weimarer Republik ablegt, erklärt er, die Demokratie sei der deutschen Kultur und Tradition gemäßer als der wilhelminische Obskurantismus.

Tatsächlich entfaltete ja die lange ersehnte und zuvor gescheiterte Reichseinigung, wie Bismarck sie schließlich im Sinne Preußens erzwungen hatte,



Eröffnung eines Gesprächs mit Historikerinnen und Historikern aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland

eine beeindruckende Dynamik: Die Revolution von oben begünstigte Fortschritte in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur.

In der Gesetzgebung und Rechtsprechung steht auch die Bundesrepublik Deutschland noch in der Tradition des Kaiserreichs. Das Bürgerliche Gesetzbuch ebenso wie die Anfänge der Verwaltungsgerichtsbarkeit oder der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung begründeten deutsche Rechtsgeschichte. Sie wirkt in den Grundstrukturen bis in die Gegenwart fort, auch wenn zahlreiche Schichten von notwendigen Anpassungen sich darübergerlegt haben.

Auch das 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich eingeführte allgemeine Wahlrecht für Männer galt als das fortschrittlichste seiner Zeit. Vielleicht erklärt es am anschaulichsten die Ambivalenz der politischen Entwicklung des Kaiserreichs.

Für Bismarck hatte das Wahlrecht vor allen Dingen eigennützigen Zwecken zu dienen. Er hatte sich erhofft, die Stimmen der konservativen männlichen Landbevölkerung zu gewinnen. Eine Demokratie, bei der die gewählten Volksvertreter das Regierungshandeln bestimmen, wollte er keineswegs. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...] sondern durch Eisen und Blut“, so hatte Bismarck seine Haltung und auch seine Verachtung für Parlament und Demokratie einst formuliert.

Nun ist es vielleicht eine List der Geschichte, dass sich Bismarcks Intention nur zum Teil erfüllt hat.

Das Wahlrecht trug damals wesentlich zur Politisierung der Gesellschaft bei, zur Stärkung der Opposition, zur Herausbildung des Parteiensystems und auch zur parlamentarischen Entwicklung Deutschlands. Ich denke an bedeutende Abgeordnete ganz unterschiedlicher politischer Richtungen wie Ludwig Windthorst, Eugen Richter oder August Bebel.

Aber diese Parlamentarier gewannen Größe vor allem in Opposition zur Regierung, denn die Übernahme von Regierungsverantwortung war ihnen verwehrt. In Bismarcks Welt kontrollierte die Regierung das Parlament und nicht das Parlament die Regierung.

Trotz Wahlrecht und Reichstag – es gab keinen demokratischen Prozess, der die gesellschaftlichen Konflikte auflösen und auf diese Weise die Nation zusammenhalten konnte. Die innere Einheit des Reiches musste stattdessen durch die Abwehr äußerer und die Ausgrenzung vorgeblicher innerer Feinde garantiert werden. Das geschah je nach den Zeitumständen zum Nachteil vor allem des polnischen und katholischen Anteils der Bevölkerung, aber auch der sozialdemokratischen Opposition – und schließlich der formal gleichberechtigten jüdischen Bevölkerung, die gleichwohl einem zunehmenden Antisemitismus ausgesetzt war.

Welche Schlüsse man aus dieser Entwicklung ziehen kann und will, das ist eine durchaus aktuelle Frage: Eine Nation basiert nicht auf ethnischer und



Besuch der Ausstellung „Krieg Macht Nation“ im Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr in Dresden am 9. September 2020

religiöser Homogenität, und Patriotismus ist kein Privileg des rechten Flügels. Ein allgemeines Wahlrecht allein macht noch keine Demokratie. Findet die Demokratisierung der Gesellschaft, das Entstehen von Zivilgesellschaft, die Ausübung von Meinungsfreiheit, der Anspruch auf Mitbestimmung, findet all das keine Entsprechung in den Möglichkeiten des Parlaments mitzuwirken, bleibt also das Parlament dauerhaft von der Regierung ausgeschlossen, kann die bloße turnusmäßige Ausübung des Wahlrechts ein autoritäres Regime auch stützen. Eine solchermaßen gelenkte Demokratie aber wird auf Dauer keine Gesellschaft wirklich stabil zusammenhalten können.

Auf die Frage, warum das Deutsche Reich – seinen Fortschritten und Anleihen an die Moderne zum Trotz – keine dauerhaft erfolgreiche Gründung war, gibt es natürlich weit mehr als eine Antwort, und wir werden in dieser Gesprächs-

runde heute sicherlich einige sehr unterschiedliche hören. Eine aber ist nahezu unumstritten: der verklärte Gründungsmythos „Krieg“, vor allem aber die spezifisch preußische Ausprägung des Militarismus.

Widerstände gegen eine von Preußen in drei Kriegen erkämpfte, auf französischem Boden proklamierte und mit der Feindschaft Frankreichs bezahlte Reichseinigung gab es von Beginn an. Die Proklamation Wilhelms I. zum deutschen Kaiser löste selbst in dessen eigener Familie Unbehagen aus. Der Kronprinz fürchtete die Folgen der Bismarck'schen Blut-und-Eisen-Politik, die – so sagte er – das Reich „groß und mächtig“ gemacht, es aber auch seiner Freunde, der Sympathien der Welt und seines „guten Gewissens“ beraubt habe.

Folgt man Heinrich August Winklers Analyse, dann ragte mit der sozialen Bedeutung des Militärs und seines Offizierskorps, besonders aber mit der alleinigen Kommandogewalt des preußischen Königs ein Stück Absolutismus in die Gegenwart des Kaiserreichs. Die schwerste Hypothek für die Republik, die auf das Kaiserreich folgte, aber war wohl tatsächlich, dass das Parlament erst in die Verantwortung gerufen wurde, als die alte Elite am Ende war. Und damit sollte dann auch die Verantwortung für die militärische Niederlage des deutschen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg den demokratischen Kräften in die Schuhe geschoben werden. Was später als „Dolchstoßlegende“ zur Mobilisierung der rechtsextremen Republikfeinde diente, war von vornherein eine schwere Bürde der Weimarer Republik und damit der Demokratie.

Diese Hypothek, das war eben vor allem die Verachtung von Pluralismus und Demokratie durch den Kaiserstaat und seine Eliten, war etwas, das nicht nur in der Weimarer Republik, sondern fortdauernd gewirkt hatte. „Die deutsche Antwort auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Quintessenz der westlichen Demokratie, lautete, verkürzt gesagt, Ordnung, Zucht und Innerlichkeit“, so hat Heinrich August Winkler es auf den Punkt gebracht. Für Wilhelm II. war das Parlament das „Reichsaffenhaus“. Diese Ablehnung der Demokratie als fremd und „undeutsch“ hat sich als fatal erwiesen. Es ist keine Geschichtsvergessenheit, wenn die Deutschen mit dem Erbe des Kaiserreichs hadern und hadern müssen. Ein Kaiserreich, dessen Bewertung eben nur ambivalent ausfallen kann.

Deshalb die Frage: Brauchen wir heute – in einer Zeit, in der in der aktuellen politischen Praxis häufiger eine eher unkritische und apologetische Bezugnahme auf das Reich erfolgt – eine „geschichtspolitische Intervention“? Müssen wir uns aktueller neonationalistischer Tendenzen erwehren, möglicherweise anders erwehren, als wir es tun? Wer die Frage grundsätzlich verneint, der muss das in großem Vertrauen in die Widerstandskraft demokratischer Institutionen tun – und nicht nur in die eigenen. Wer diese Frage für alarmistisch hält, ignoriert möglicherweise aber auch, mit welcher Verachtung die Gegner der Demokratie ihren Institutionen begegnen. Der Anblick von Reichskriegsflaggen auf den Stufen des Reichstagsgebäudes, die Bilder seiner versuchten Erstürmung vor wenigen Monaten und der des US-Kapitols in Washington vor wenigen Tagen sollten uns jedenfalls vor Selbstgewissheit schützen. Die Demokratie braucht nicht nur selbstbewusste, sie braucht auch aufgeklärte, kluge und wehrhafte Verteidiger.

Die Frage nach dem Erbe des deutschen Kaiserreichs – bis in die Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland – bleibt deshalb wichtig. Wir sollten nicht ratlos und verlegen vor den Hinterlassenschaften jener Zeit stehen. Wir sollten sie verstehen und einordnen, neu zum Sprechen bringen und aus ihnen lernen für Gegenwart und Zukunft.

Das will ich nun mit meinen Gästen tun.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diskutiert im Anschluss an seine Rede mit den Historikerinnen und Historikern Christina Morina, Hélène Miard-Delacroix, Eckart Conze (v.l.) und Sir Christopher Clark (nicht im Bild).



H el ne Miard-Delacroix

Professorin f ur deutsche Zeitgeschichte
Sorbonne Universität Paris (Frankreich)



Christina Morina

Professorin f ur Zeitgeschichte
Universität Bielefeld



Eckart Conze

Professor f ur Neuere und Neueste Geschichte
Philipps-Universität Marburg



Sir Christopher Clark

Regius Professor of History
University of Cambridge (Großbritannien)

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Historikerinnen und Historikern zum 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches

(in Auszügen)

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: Wie wurden die Reichsgründung und die Kaiserproklamation im Schloss Versailles in Frankreich wahrgenommen?

H el ne Miard-Delacroix: Nach einem Krieg, in den die Franzosen aus Gründen der Ehre gezogen sind, konnte das nur eine große Demütigung bedeuten. Und der Krieg ging weiter, weil die Franzosen der Forderung nicht nachgeben wollten, Elsass und Lothringen abzutreten. In der Geschichte Europas hat es ständig Annexionen gegeben, und es war fast logisch, dass derjenige, der verloren hatte, Gebiet abtreten muss. Aber da wurde auf der deutschen Seite dieser nationalistisch geprägte Diskurs hochgezogen, dass da Rache genommen wurde für frühere französische Demütigungen. Da ist ein Mythos entstanden, dass eine Erbfeindschaft existieren würde zwischen zwei Völkern, die nebeneinander leben seit Jahrhunderten; und mit diesem Wort der Erbfeindschaft konstruiert man einen Krieg auf Dauer. Das heißt, es kann nur Revanche geben. Dieses Zusammenfallen von der Reichsgründung und der Demütigung des Nachbarn, mit dem man leben wird, war wie ein Sündenfall für die Jahrzehnte danach.

1848/49 hatte Deutschland noch einen ganz anderen Weg zur Einheit versucht – demokratisch und friedlich. Trotzdem gab es 1871 eine breite Zustimmung zu dieser Reichseinigung. Was ist passiert zwischen 1849 und 1870/71?

Christina Morina: Es gab nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 eine deutliche Verschiebung hin zu der Einsicht „Wir machen doch erstmal die Einheit“. Viele – aber nicht alle – Nationalliberale haben sich gefügt in das, was sich dann 1870/71 mit der Macht des Faktischen als „kleindeutsche Lösung“ darstellte. Viele hegten den Glauben, man könne das Vertagte tatsächlich alsbald nachholen. Die Opposition ist dementsprechend sehr klein gewesen, aber auch umso dezidierter. August Bebel sagte 1871: Dieses Reich ist mit dem Säbel gegründet worden, es wird einst auch mit dem Säbel untergehen. Die Sozialdemokraten haben das als einzige politische Kraft so deutlich kritisiert: statt eines Bundesstaates die Reichsidee unter preußischer Führung, mit einem von Anfang an aggressiven, zum völkischen Nationalismus neigenden Politikstil und einem Programm, das eben nicht auf parlamentarische Demokratie abzielte, sondern auf eine konstitutionelle Monarchie mit begrenzten demokratischen und parlamentarischen Mitspracherechten. Die große soziale Frage, die für die Sozialdemokraten stets mit der Frage nach politischer Teilhabe verbunden war, die Lösung dieser Frage sah man mit dieser Reichsgründung nicht einmal als vertagt, sondern als vertane Chance an.

Wie hat die Entstehung als Kriegsgeburt, die Gründung mit dem Säbel, das Kaiserreich geprägt?

Eckart Conze: Es waren drei Kriege – gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71 –, in denen sich die preußische Machtpolitik als deutsche, nationale Einigungspolitik darstellt. Auf diese Weise wurden der Krieg und der Sieg über äußere Feinde in den genetischen Code des neuen Nationalstaates eingeschrieben, ein nationaler Bellizismus. Der gesellschaftliche Militarismus, aber auch der politische und verfassungsrechtliche – die Kommandogewalt des Kaisers, die nicht in die parlamentarischen Kontrollmechanismen eingebunden war, sowie die langfristigen Militärbudgets –



Sir Christopher Clark war pandemiebedingt live aus Cambridge zugeschaltet.

sind Folgen der Reichsgründung als Kriegsgeburt. Krieg, gerade auch in seiner Verbindung mit der Franzosenfeindschaft, wurde zum Gründungsmythos des deutschen Nationalstaates, der sich damit gleichzeitig abschnitt von anderen nationalen Traditionen, von liberalen, von demokratischen.

War die kriegerische Gründung des Nationalstaates etwas Solitäres, oder hat es das in ähnlicher Form auch in Einheitsbestrebungen anderer Länder gegeben?

Christopher Clark: Die deutsche Reichsgründung erfolgt über Kriege, weil sie in Friedenszeiten nicht möglich gewesen war. 1848 hatte man das auf demokratischem Wege versucht, das ging nicht. Dann hat der preußische König selbst versucht, einen engeren Bund zu schaffen, das ging auch nicht; und wenn

Bismarck in seiner berühmten Rede sagt, dass parlamentarische Reden niemals die Einigung erreichen werden, sondern nur Blut und Eisen, dann weist er auf diese Tatsachen hin und auf die Tatsache, dass Österreich sich immer wieder bewaffnet in den Weg stellen wird, wenn Preußen versucht, einen Bund dieser Art auf friedlichem Wege herzustellen. Viele moderne Staaten sind durch Kriege entstanden. Italien ist ja ein Beispiel. Und natürlich ist das moderne Amerika auch durch einen extrem blutigen Bürgerkrieg geschaffen worden. Insofern ist das kein Einzelfall. Keine Nation wird also normal geboren, sondern Nationalstaaten werden fast immer durch extreme Ereignisse, oft sehr gewaltige Prozesse hervorgebracht.

Manchmal hat man den Eindruck, es habe zwei Kaiserreiche gegeben: eines ab 1871, das mit Außenpolitik wenig zu tun hatte, und ein zweites ab 1890, in dem das Streben nach Weltgeltung durch Wilhelm II. Dominanz in der Außenpolitik findet. Ist dieser Eindruck berechtigt?

Christopher Clark: Es sind natürlich Vorbedingungen da. Als der britische Premierminister Benjamin Disraeli von der Reichsgründung als deutscher Revolution sprach, die bedeutender als die französische von 1789 sei, da meinte er damit, dass die Dynamik des internationalen Systems auf dem europäischen Kontinent an einen vollkommen neuen Anfangspunkt gekommen wäre. Aber es stimmt auch, dass es nach Bismarck eine neue, andere Phase gibt; man entscheidet sich für klare Verhältnisse und sagt: Wir müssen genau wie jeder andere Staat normal werden, wir müssen auch sagen können, wer sind unsere Freunde und wer sind unsere Feinde. Das hört sich vernünftig an, bringt aber verheerende Konsequenzen mit sich, denn man lässt damit die Russen fallen. Bismarck hatte immer verstanden, Russland einzubinden, und diese Einsicht wurde verloren.

Eckart Conze: Ich halte es für problematisch, die Phase seit 1890, die Zeit des Wilhelminismus, zu sehr zu trennen von der Ära Bismarck, den zwei Jahrzehnten nach 1871. Das war der Versuch einer älteren deutschen Geschichtsschreibung, das Kaiserreich nach 1945 zu salvieren und insbesondere Bismarcks Außenpolitik als Friedenspolitik erscheinen zu lassen. Indem man Wilhelm II.

zum Bösewicht erklärte, konnte man ein umso positiveres Bild der ersten beiden Jahrzehnte zeichnen. Viele Entwicklungen und Politikansätze, die sich nach 1890 radikalisierten, waren jedoch schon vorher angelegt; das gilt nicht zuletzt für die Feindschaft mit Frankreich. Es gab keinen Versuch, in irgendeiner Form mit Frankreich in einen Prozess der Verständigung, auch nur der Kommunikation zu gelangen. Die deutsche Außenpolitik nach 1871 entwickelte sich in einem multipolaren europäischen System, aber Bismarcks Bündnispolitik war alles andere als eine multilaterale Politik. Sie beruhte auf dem kontinuierlichen Gegensatz mit Frankreich und auf der Idee, dass es gelingen müsse und gelingen könne, durch die Spannungen zwischen anderen Mächten Deutschland in einer Rolle der relativen Dominanz, der halben Hegemonie zu halten.

Hélène Miard-Delacroix: Bismarck wird immer als großer Künstler der Diplomatie geschildert, Deutschland als ehrlicher Makler, das nicht für sich handelt, sondern vermittelt zwischen unterschiedlichen Interessen. Tatsächlich aber sind das immer Koalitionen gegen andere. Das ist keine Suche nach zahnradartig funktionierenden Interessen zum Wohle aller, sondern das ist extrem machtpolitisch orientiert und national orientiert – nämlich ich gegen die anderen. Die Vertragsparteien werden nicht als Partner betrachtet, sondern eher als unterschiedliche Akteure, die man gegeneinander ausspielt. Der einzige Zweck ist die Wahrung der eigenen Interessen.

Es gab in der deutschen Außenpolitik auch diesen Opfermythos, man komme im Vergleich mit europäischen Konkurrenten zu kurz; dazu gehörte auch die Kolonialpolitik, das Streben, auch einen Platz an der Sonne zu haben. Wieso hat dieses Thema so breite Bevölkerungskreise erfasst, dass sich bei den Reichstagswahlen 1907, die von der Kolonialpolitik geprägt waren, die Opposition im Reichstag fast halbiert hat?

Christina Morina: Es gab stets die aus Regierungssicht gewollte Mobilisierung nationaler Interessen, die spätestens seit den 1890er Jahren immer selbstbewusster, offener expansionistisch auftrat – mit Flottenvereinen, Kolonialvereinen, Reichsverband gegen Sozialdemokratie. Viele dieser Aktivitäten

durchzog ein spezifischer Subtext: Wir haben da etwas nachzuholen. Sie waren eben keine Ausweise echter Souveränität, und folglich war dieses Land auch nach innen unsicher, nervös, erregbar, mobilisierbar. Und aus dieser Position der vermeintlichen Schwäche heraus speiste sich ein Großteil der starken, mithin bellizistischen Überpolitisierung. Die Folge war ein zunehmend aggressives Auftreten auch nach außen, ein zunehmend organisierter, lauter Antisemitismus und immer ausgefeiltere rassistische „Deutsches Wesen“-Diskussionen, die das Reich prägten.

Warum war neben der Definition des außenpolitischen Feindes noch so eine starke innenpolitische Feinddefinition erforderlich, mit der Ausgrenzung der polnischen Menschen, dann aber auch der politischen Opposition bis hin zu den jüdischen Bürgern?

Eckart Conze: Die Identifikation von inneren Feinden war von zentraler Bedeutung in dem Prozess der autoritären Nationsbildung, einer Nation, die sich nicht liberal-demokratisch vom einzelnen Bürger her konstituierte, sondern die als homogene Gemeinschaft gedacht wurde. Diese Vorstellung nationaler Geschlossenheit wurde verstärkt durch die Identifikation von Gegnern dieser Homogenität. Das galt zunächst, im Gründungsjahrzehnt, für den Katholizismus im Kulturkampf, dann in der Zeit der Sozialistengesetze für Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Hinzu kam dann, beginnend in den Jahren um 1880 und dann immer stärker, der Antisemitismus. So führte die Vorstellung der homogenen Nation im weiteren Verlauf zu einem völkisch-radikalen Nationalismus, der Nation überhaupt nicht mehr als demokratische, als Staatsbürgergemeinschaft verstand, sondern als eine geschlossene, ethnisch, rassistisch definierte Nation.

Christopher Clark: Die Deutschen passten viel besser, historisch gesehen, in ein vornationales oder nachnationales Gepräge oder Gefüge als in den Nationalstaat. Es bedurfte viel an Manipulation und Emotionalisierung, um die Deutschen, die ein eigentlich sehr vielfältiges Kulturgebilde waren, in eine Nation zu bringen. Der Kulturkampf, der von Bismarck sehr brutal und skrupellos geführt wird, ist aber kein deutsches Unikum. Auch Italien erlebt

einen Kulturkampf, in Frankreich spricht man von den Les deux Frances. Es gibt eine tiefe Spaltung zwischen dem republikanischen und dem katholischen Frankreich. Dazu kommt, dass die Verfolgung dieser Minderheiten oder ihre Entfremdung von der Regierungspolitik zu einem unglaublichen Wachstum der politischen Partizipation führen. Bismarck schafft mit seinem Kulturkampf genau das Gegenteil von dem, was er erreichen will. Er schafft einen festen katholischen Block, er macht aus Katholiken Politiker. Durch die Verfolgung der Sozialdemokraten in den 1880er Jahren kommt das Gleiche zustande. 1912 wählen mehr Deutsche die Sozialdemokraten als irgendeine andere Partei.

Die Herstellung von Einheit durch die Ausgrenzung von Angehörigen der eigenen Nation – wäre das auch in Frankreich vorstellbar gewesen?

Hélène Miard-Delacroix: Der entscheidende Unterschied ist, dass die deutsche Nation auf dem Abstammungsprinzip basierte, die französische Nation damals bereits auf dem Prinzip der Republik. Was man aber nicht verschweigen soll, ist, dass es in Frankreich auch Antisemitismus gab und dass auch der Militarismus sehr wohl existierte; das sind transnationale Entwicklungen, die man überall in Europa erkennt. Aber die Ausgrenzung der Juden in Frankreich, etwa die berühmte Dreyfus-Affäre, hatte – anders als in Deutschland – nicht diesen Beigeschmack der Nichtzugehörigkeit zu einem Volk, das sich durch eine homogene Abstammung definiert. Und sie stieß auf einen so starken Widerstand, dass der Antisemitismus die Gesellschaft nicht geeint, sondern eher gespalten hat.

Hat Christopher Clark recht, wenn er auf diese List der Geschichte hinweist, dass diese politische Ausgrenzung am Ende sogar das Gegenteil von dem bewirkt hat, was sie bezweckte?

Christina Morina: Es ist schon wichtig zu unterstreichen, dass es nicht wegen, sondern trotz des Systems zu dieser Demokratisierung kam. Die wenigen, begrenzten Räume, die da waren, hat man genutzt, auch um zu zeigen, wie groß die Verantwortungsbereitschaft war, sich als Staatsbürger einzubringen – wobei dies freilich ganz überwiegend eine rein männlich gedachte

Verantwortungsbereitschaft war. Aber dieser Staat und seine Regierungen haben Demokratie stets nur als Zugeständnis definiert, sie immer nur dann gewährt, wenn es sich anbot oder wenn es opportun war oder wenn es nicht wehtat. Selbst die rund 35 Prozent der Wählerstimmen, die die Sozialdemokratische Partei bei der Reichstagswahl 1912 errang, hätten faktisch niemals dazu geführt, dass sie Regierungsverantwortung übernehmen kann. Das ist erst mit dem Ende der Monarchie möglich geworden. Da gab es im politischen System des Kaiserreiches eine absolute Grenze.

Zur Ambivalenz dieses Kaiserreiches gehören auch die Modernisierungsleistungen in Wirtschaft und Wissenschaft. Großbritannien wird überholt in seinen industriellen Leistungen, und zu Beginn des 20. Jahrhunderts geht ungefähr ein Drittel der Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler. Woher kommt diese Modernisierungsdynamik, und wie groß ist der Anteil der Politik daran?

Eckart Conze: Der Anteil der Politik ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Der Nationalstaat bildete sich als Rechtsraum, als Wirtschaftsraum, als Wissenschaftsraum. Diese nationalen Räume wurden auch politisch erzeugt, nicht zuletzt durch nationale Gesetzgebung. Aber die Schattenseiten dieser ungeheuren Dynamik waren ihre sozialen Konsequenzen. Es gab nicht nur Modernisierungsgewinner, sondern auch Modernisierungsverlierer. Es gab Gruppen, die ausgegrenzt blieben. Und dieses Ausgegrenztwerden – auch wenn es mit Blick auf Arbeiterbewegung, Katholizismus, ländliche Bevölkerung zu erstaunlichen politischen Bewegungen führte – sollte man nicht zu einer Erfolgsgeschichte des Kaiserreiches verklären. Die fundamentale Politisierung, zum Teil auch Ansätze einer gesellschaftlichen Demokratisierung waren ein ungewollter, ein nicht intendierter Nebeneffekt. Auch die Frauenbewegung und andere emanzipatorische Bewegungen entstanden als Gegenbewegungen. Das ist nicht Teil der Leistungsbilanz des Kaiserreichs als Staat.

Christopher Clark: Die Frage, woher dieser ungeheure Aufschwung und die merkwürdige und auffallende wirtschaftliche Tüchtigkeit der Deutschen kommen, ist eine Schlüsselfrage – vor allem für die Engländer. Man sollte auch

erkennen, dass dieses Wachstum sofort zu einem Politikum wurde; die „made in Germany crisis“ hieß das in England in den 1890er Jahren. Die Furcht, die von diesem wirtschaftlichen Potenzial ausging, erinnert ein bisschen an die Situation von China heute, dessen ungeheures wirtschaftliches Wachstum natürlich mit erklärt, warum auf seine Handlungen in der Außenpolitik so empfindlich reagiert wird.

Ja, es stimmt, die Sozialdemokraten konnten nicht in ihren wildesten Träumen daran denken, dass sie irgendwann eine Regierung bilden würden. Das ist ein Manko, das kann man einfach nicht hinwegargumentieren, das muss man als Demokratie- oder als Parlamentarisierungsdefizit und Modernisierungsdefizit einfach anerkennen. Und das trug zur Asymmetrie in der Entwicklung dieses Staates bei, dass er sich auf einer Seite gesellschaftlich und wirtschaftlich so schnell modernisierte, aber politisch starke Hinderungsinstanzen noch erhalten blieben. Aber man darf sich dieses Bild, diese Ambivalenz trotzdem nicht zu billig erkaufen mit einem zu rosigen Blick auf die anderen Demokratien. Auch die amerikanische Demokratie am Ende des 19. Jahrhunderts leidet an vielen Demokratiedefiziten. Es wäre auch falsch zu meinen, Großbritannien wäre ein glänzendes Modell der Demokratie gewesen im 19. Jahrhundert. Ich würde für Differenzierung und Ambivalenz in allen Fällen plädieren – und nicht nur für das Kaiserreich.

Den Videomitschnitt des Gesprächs in voller Länge finden Sie auf der Internetseite des Bundespräsidenten. Scannen Sie den QR-Code oder besuchen Sie www.bundespraesident.de/150Jahre-Reichsgruendung



Frank-Walter Steinmeier

“There is no unclouded view of the Empire”

Speech to open a debate with historians on the
150th anniversary of the founding of the German Empire
at Schloss Bellevue on 13 January 2021



Der Bundespräsident

Helmut Plessner talked about the “belated nation”, Michael Stürmer referred to it as the “restless Reich”, Volker Ullrich wrote about the “Nervous Superpower” and Thomas Nipperdey spoke of the “authoritarian state before democracy”. Time and again, historians have portrayed the Empire as a problematic chapter in German history – not only, but also, while marking anniversaries.

Anniversaries occur as they will, Gustav Heinemann observed on the occasion of the centenary of the founding of the German Empire. Fifty years ago, the anniversary of the Empire’s unification was commemorated in a country that had been divided once again. Considering this, the dampened mood was understandable. Yet Heinemann’s unsettled feelings ran deeper than that. He did not believe festivities were in order to mark the founding of an Empire that, one hundred years prior, had admittedly brought about Germany’s external unity, but had given its citizens neither internal unity and freedom nor external peace.

When the time came to commemorate the proclamation of the Empire in Versailles on 18 January 1871, no one on either side of the border in post-war Germany – especially considering Germany was now partitioned – could relate to this idea.

Today, in the midst of a pandemic and with current travel restrictions and social distancing regulations, we are tempted to say that, now and then, anniversaries do not only occur as they will – they also come at inconvenient times.

It seems to me that, today, no one is calling for a national celebration of the founding of the Empire. 18 January is not a date that is truly part of our collective memory. What is more, anyone who is actually aware that Wilhelm I was proclaimed German Emperor on that day at the palace of Versailles has, at best, mixed feelings about an event that, in one triumphant gesture, was designed not only to humiliate France, which had just been defeated in war, but also established an empire that ultimately would lead to a new war with that country.

We Germans have as little connection to the German Empire today as we do to the monuments and statues of kings, emperors and military commanders of this era. They are part of the urban landscape here in Berlin and in many other places – but they do not play a formative role. They seem to have become a mute backdrop, devoid of meaning to most people. Reconstructed buildings like the Stadtschloss in Berlin, which hark back to the Empire and its Prussian character, still need to find a new identity and purpose in today's democracy – and that is not easy, as we know and can see.

Our perspective on this era of German history is ambivalent – what with the wars that brought about unity through force, but most importantly the disasters of the 20th century. There is no unclouded view of the Empire – indeed, there cannot be – as we look back on it through genocide, two World Wars and a republic that was destroyed by its enemies.

But that is also precisely what makes looking back so necessary, interesting and instructive. Continuity and inevitability are, after all, not the same thing. Yes, it does exist, that Military Road that leads through all of the wars from 1871 to 1945. However, this does not mean there were no other paths that could have led in other directions and brought about a different course of events – paths one could have chosen. Those who want to read and understand history based only on its outcome forfeit all opportunity for insight, overlook room for manoeuvre and also shirk personal responsibility.

Ever since one has finally begun taking a direct look at National Socialism, it is no longer an “erratic boulder” that separates Germany's present from its past; ever since people have ceased to deny what happened in “the house of a murderer” that Golo Mann in 1958 referred to as a “cursed house” left standing in the Germans' memory. “Let us not deny what occurred in it,” Golo Mann demanded. “However, let us also not believe that all the paths of German history would necessarily have led to this bad ending. And let us not think and act as if we had no past at all [... for] history is not dead. It is through that which came before us that we have become what we are.”

We gain a vivid awareness of our present also and especially through critical engagement with – and controversial discussion of – the past. All those who wish to defend the parliamentary system and democracy in our country must be acquainted with its history and the conditions it imposes, as well as with its enemies; they must sharpen their understanding of historic continuity and ruptures and look even further back into the past – to the freedom movement, the Vormärz period and the German revolutions of 1848.

Anyone who believes National Socialism can be treated as a marginal note of German history is thereby simply ignoring much of the baggage in the form of militarism, national hubris, antiparliamentarianism and antisemitism, the roots of which go back, in part, to the German Empire.

There are good reasons why we have gathered here today: each generation faces new questions and poses its own questions to history. The question of what tradition reunified Germany chose to follow thirty years ago – that question has been answered. It is the tradition of freedom, of democracy and of a peaceful order in Europe. But that does not yet render obsolete critical engagement with the history of the German Empire and how it was founded.

On the contrary, this period must be re-examined today. It is worth tracing how it followed, and broke with, its own historical traditions. That is especially true now – because, after all, we are asking very similar questions in our day and age, such as:

How the German Empire rose to become a global military and economic power is in many ways reminiscent of the rise of China today; modernisation and rapid change fuelled anxiety, nationalism and populism – we see similar reactions today, brought on by globalisation and societal transformation; and, last but not least, Christopher Clark and H  l  ne Miard-Delacroix, for example, have even drawn parallels between the personality and mode of governance of Wilhelm II and the outgoing US president. If I also look at the erosion of the international order, then we must ask ourselves: is there a danger that global politics will revert to national egotism and the brutal logic of power, with all

respective internal and external implications – such as the power plays that previously led to a World War?

Just the small circle that has gathered here today has collected a great many answers and insights in this regard. Thank you very much for accepting our invitation and for – insofar as possible – coming to Berlin, the old capital of the vanished state of Prussia.

I do, however, believe that we cannot be of two minds about the Prussian authorship of this day of commemoration: establishment of the German Empire, as it was proclaimed on 18 January 1871, was driven by Prussia – aside from the fact that actors in other places had hopes of unifying the German states. And nowhere else, possibly with the exception of Potsdam, are the vestiges of Prussia, and those who inherited them, as present as they are here in Berlin.

And yes, some things have reappeared before our eyes, have emerged as a two-faced, historicised and modern reconstruction, such as the Stadtschloss in Berlin of the House of Hohenzollern.

What could be a better example of how history extends into the present than the idea of the Humboldt Forum? It is a place with a name that reminds us of the Prussian tradition of enlightenment, and specifically also one where the imperial legacy of German colonialism can be viewed and questioned – as well as a place that now, already before it opens to the general public, is also provoking discussion. Dealing with history in the present, and with our colonial history, remains both a challenge and a challenging learning process.

Similar to the newly erected palace, I think the House of Hohenzollern's Empire has two faces. During its nearly half century of existence, it was both reactionary and modern, and it was found to contain quite opposite traits by such different characters as Heinrich and Thomas Mann; one saw it as an institution in which violence reigned and freedom was suppressed, while the other in 1914 still called it a "social empire" that was worth defending in a "large-scale, completely decent, and even festive people's war".

Hardly any German would later go on to revise his judgment as thoroughly and publicly as did Thomas Mann. When endorsing the Weimar Republic in 1922, he explained that democracy was more in line with German culture and tradition than the Wilhemian era's obscurantism.

In fact, the long-hoped-for and previously unsuccessful unification of the Empire that Bismarck achieved in accordance with Prussia's designs gave rise to impressive developments; the "revolution from above" prepared the ground for economic, scientific, technological and cultural progress.

The legislation and jurisprudence of the Federal Republic of Germany, too, still follows in the tradition of the Empire. The civil code, along with the origins of administrative jurisdiction and Bismarck's social legislation, formed the groundwork of Germany's legal history. Its basic structures still apply today, although many legislative layers and necessary adaptations have been added.

The universal suffrage for men that was introduced in the North German Confederation in 1867 and in the German Empire in 1871 was considered the most progressive of the time. It may be the best example of the ambivalence of the Empire's political development.

For Bismarck, the right to vote was, first and foremost, intended to serve his own purposes. He had hoped to garner the votes of the conservative male rural population. He by no means wanted a democracy in which the people's elected representatives determine the government's actions. "It is not by speeches and majority resolutions that the great questions of the time are decided ... but by iron and blood," Bismarck once said, putting both his views and his contempt for the parliament and democracy on display.

Now it may be a quirk of history that only part of Bismarck's intention came to pass.

Suffrage was a key factor in the politicisation of society, in strengthening the opposition, in the formation of a party system and for developing Germany's

parliamentary tradition. Here, I am thinking of important members of parliament of very different political persuasions, such as Ludwig Windthorst, Eugen Richter and August Bebel.

Yet these parliamentarians rose to prominence above all by opposing the government – because they never had the opportunity to actually govern. In Bismarck’s world, it was the government that controlled parliament, not vice versa.

Even with suffrage and the Reichstag, there was no democratic process that could resolve social conflicts and thereby keep the nation unified. Instead, the internal unity of the Empire had to be guaranteed by fending off external enemies, and marginalising supposed internal ones. Depending on the prevailing circumstances, this would be to the detriment of the Polish and Catholic parts of the population, and of the Social Democratic opposition – and ultimately to the detriment of the Jewish population, with Jews formally having equal rights but at the same time increasingly becoming the targets of antisemitism.

The conclusions that we can and wish to draw from this development touch on a very topical issue: a nation is not built on ethnic or religious uniformity, and patriotism is not a privilege of those on the political right. Universal suffrage alone will not constitute a democracy. If a society’s democratisation, the emergence of a civil society, the exercise of free speech and the right to co-determination – if all this is not reflected in parliament’s role, that is, if parliament is permanently shut out in this regard, then mere periodic exercise of the right to vote can also support an authoritarian regime. In the long run, such a “guided democracy” cannot provide a truly stable, unifying foundation for society.

There is, of course, far more than one answer to why the German Empire – despite the progress it achieved and the ways in which modernity is in its debt – ultimately failed to stand the test of time, and we will certainly hear some very different ones during today’s discussion.

On one of these, however, there is nearly universal agreement, namely “war” as a glorified, founding myth – and, above all, the specific Prussian brand of militarism.

From the very beginning, there was opposition to unification of the Empire by fighting three wars, proclaiming it on French soil and obtaining it at the cost of France’s enmity. The proclamation of Wilhelm I as German Emperor caused unease even in his own family. The crown prince feared that Bismarck’s blood and iron politics – in his words – had not only made the Empire “great and powerful” but had also robbed it of its friends, the world’s sympathy and its “good conscience”.

According to Heinrich August Winkler, due to the prominent social role played by the military and officer corps, and especially due to the supreme power of command of the Prussian king, an element of absolutism was still present in the German Empire. The greatest burden the republic that succeeded the Empire would have to bear was most likely the fact that the parliament was not called on to assume responsibility until the old elite had exhausted its possibilities. Behind this lay an attempt to place the blame for the German Empire’s military defeat in the First World War on its democratic elements. What later became known as the stab-in-the-back myth and would be a rallying cry for right-wing extremist enemies of the Republic was, from the very start, a heavy burden for the Weimar Republic, and thus for democracy, to bear.

This burden was, for the most part, manifest contempt by the German Empire and its elites for pluralism and democracy – and that is something that had an effect not only during, but also beyond the Weimar Republic. Heinrich August Winkler got it right when he wrote that “the German answer to freedom, equality and fraternity – the quintessence of Western democracy – was, simply put, order, discipline and inwardness”. Wilhelm II ridiculed parliament as the “Reich’s monkey house”. The rejection of democracy as foreign and non-German proved to be fatal. Germans are not being oblivious to history when they struggle – as indeed they must – with the legacy of the Empire. An empire that, ultimately, can only be assessed in an ambivalent way.

So the question is: are we today – at a time when political debate most frequently refers to the German Empire uncritically and apologetically – in need of a “politico-historical intervention”? Do we need to ward off current neonationalist tendencies, and should we maybe alter our approach in doing so? Anyone who categorically says “no” must do so with tremendous confidence in the power of – not only their own – democratic institutions to resist pressure. Anyone who considers this question to be alarmist may also be ignoring the incredible contempt that those who oppose democracy have for its institutions. The sight of imperial war flags on the steps of the Reichstag building, the images of the attempt to storm it a few months ago, and those of the recent storming of the US Capitol should certainly serve as a warning against being overly confident. Democracy needs not only self-assured, but also enlightened, intelligent and unyielding defenders.

Addressing the legacy of the German Empire – all the way down to the present day and the Federal Republic of Germany – therefore remains important. We should not be perplexed and helpless in the face of this heritage. We should understand and contextualise it, make it speak to us and learn from it – for the present and for the future.

That is what I intend to do now with my guests.

Frank-Walter Steinmeier

« Il n'existe pas de regard neutre sur l'Empire allemand »

Discours à l'occasion de l'ouverture de la table ronde avec
des historiennes et des historiens pour le 150^e anniversaire
de la fondation de l'Empire allemand
au château de Bellevue, le 13 janvier 2021



Der Bundespräsident

Helmut Plessner parle de « nation tardive », Michael Stürmer d'« empire agité », Volker Ullrich de « grande puissance nerveuse » et Thomas Nipperdey d'« État de puissance avant la démocratie ». Les historiens n'ont cessé en fait de qualifier l'Empire allemand de problème de l'histoire allemande, pas seulement mais aussi à l'occasion des journées commémoratives.

Les dates anniversaires arrivent automatiquement, constatait Gustav Heinemann à l'occasion du centenaire de la fondation de l'Empire allemand. Il y a cinquante ans, on commémorait l'unification de l'empire dans un pays à nouveau divisé. Vu la situation, le manque d'ambiance festive s'expliquait. Mais le malaise de Gustav Heinemann était plus profond. Il ne voyait pas pourquoi fêter la fondation d'un empire qui, un siècle plus tôt, avait certes assuré l'établissement de l'unité extérieure de l'Allemagne mais ni l'unité intérieure et la liberté de ses citoyennes et citoyens ni la paix extérieure.

Pour la société allemande de l'après-guerre – à plus forte raison après la division du pays –, la commémoration de la proclamation de l'Empire allemand à Versailles le 18 janvier 1871 ne signifiait pas grand-chose ni d'un côté de la frontière intra-allemande ni de l'autre.

Aujourd'hui, en pleine pandémie et dans le contexte actuel de restriction des déplacements et des contacts, on a envie de dire : les journées commémoratives arrivent parfois non seulement automatiquement mais aussi au mauvais moment.

Personne, ce me semble, n'est aujourd'hui en demande de célébration nationale de la fondation de l'Empire allemand. Le 18 janvier n'est pas une date vraiment présente dans la mémoire collective des Allemands. Et ceux pour qui le jour de la proclamation de Guillaume I^{er} comme empereur allemand au château de Versailles a encore un sens ressentent au mieux une certaine ambivalence face à un événement dont le geste triomphal non seulement visait à humilier l'adversaire vaincu, la France, mais fondait également un empire qui devait à nouveau s'achever par une guerre avec la France.

Nous, Allemands, sommes aujourd'hui aussi indifférents à l'Empire allemand qu'aux monuments et aux statues des rois, empereurs et chefs militaires de l'époque. S'ils font partie du paysage urbain à Berlin et dans bien d'autres lieux, ils n'en dégagent pas pour autant un attrait marquant. Ils semblent plutôt constituer une coulisse devenue muette qui ne dit plus rien à la plupart d'entre nous. Un monument d'architecture reconstruit comme le château de Berlin, en référence à l'Empire de Prusse, doit commencer par trouver une nouvelle identité et une fonction dans la démocratie, ce qui est difficile, comme nous le savons et le voyons.

Notre regard sur cette période de l'histoire allemande est interrompu, par les guerres déjà, qui ont imposé l'unité, mais aussi et surtout par les catastrophes du XX^e siècle. Poser rétrospectivement un regard neutre sur l'Empire allemand, en faisant abstraction du génocide, des deux guerres mondiales et d'une république détruite par ses ennemis, est et demeurera chose impossible.

Mais c'est précisément ce qui rend ce regard en arrière si nécessaire, intéressant et instructif. Car la continuité et la fatalité sont deux choses différentes. Certes, elle existe, la voie militaire qui relie toutes les guerres, de 1871 à 1945. Et pourtant, cela ne veut pas dire qu'il n'y ait pas eu de voies qui auraient pu mener dans d'autres directions ou à d'autres évolutions, des voies pour lesquelles on aurait pu opter. Qui se contente de lire l'histoire à rebours se prive de toute possibilité de l'appréhender, occulte les marges de manœuvre de même que la responsabilité individuelle.

Le national-socialisme ne fait plus figure de « bloc erratique » situé entre le présent de l'Allemagne et son passé depuis que l'on a enfin commencé à l'étudier en tant que tel, depuis que l'on ne nie plus ce qui est arrivé dans la « maison meurtrière » dont Golo Mann écrivait en 1958 qu'elle reste gravée en tant que « maison maudite » dans la mémoire allemande. « Ne nions pas ce qui s'y est passé », insiste-t-il. « Mais ne croyons pas non plus que tous les chemins de l'histoire allemande ne pouvaient qu'aboutir à cette issue fatale. Et évitons de penser et d'agir comme si nous n'avions tout simplement pas de passé [...], l'histoire n'est pas morte. C'est ce qui nous a précédés qui a fait de nous ce que nous sommes aujourd'hui. »

C'est aussi et justement à travers l'étude et, je l'affirme, également à travers la querelle sur notre histoire que nous acquérons une conscience vivante de notre présent. Qui veut défendre le parlementarisme et la démocratie dans notre pays doit connaître aussi bien leur histoire et leur contexte que celle et celui de leurs adversaires, doit affiner sa perception de la continuité et des ruptures dans l'histoire et remonter plus loin dans le passé, jusqu'à l'époque du mouvement de libération, du « Vormärz » et du mouvement révolutionnaire de 1848.

Et qui estime pouvoir traiter le national-socialisme comme un phénomène marginal de l'histoire allemande ignore justement en grande partie l'hypothèque que représentent le militarisme, l'arrogance nationale, l'antiparlementarisme et l'antisémitisme qui trouvent également leurs racines dans l'Empire allemand.

Notre rencontre d'aujourd'hui a lieu pour de bonnes raisons : chaque génération est confrontée à d'autres questions et a ses propres questions à poser à l'histoire. Dans quelle tradition s'est inscrite l'Allemagne réunifiée il y a trente ans ? On connaît aujourd'hui la réponse à cette question. Ce sont les traditions de la liberté, de la démocratie et d'un ordre de paix européen. Mais cela ne veut pas dire encore qu'il soit obsolète de se pencher sur l'histoire de l'Empire allemand et sa fondation.

Au contraire : il faut aujourd'hui s'interroger à nouveau sur cette époque. Cela vaut la peine de retracer ses traditions et ses ruptures dans le contexte de notre propre histoire, ces jours-ci précisément, à un moment où nous nous posons justement des questions très similaires sur l'époque actuelle :

L'ascension de l'Empire allemand vers une puissance militaire et économique mondiale rappelle à certains égards la montée en puissance actuelle de la Chine ; la modernisation et les mutations rapides à cette époque sont en effet à l'origine d'un climat d'incertitude qui suscita une flambée du nationalisme et du populisme ; nous assistons aujourd'hui à des réactions similaires suite à la mondialisation et à la transformation de la société, et des historiens comme Christopher Clark et Hélène Miard-Delacroix voient même dans la personna-

lité et la manière de gouverner de Guillaume II des parallèles avec le président américain sortant. Quand je vois en plus l'érosion de l'ordre international, je ne peux m'empêcher de me poser cette question : un retour à l'égoïsme national et à une logique de puissance brutale, avec toutes ses conséquences à l'intérieur comme à l'extérieur, menace-t-il la politique mondiale comme celui qui a conduit jadis à une guerre mondiale ?

Le cercle restreint réuni aujourd'hui a déjà à lui seul rassemblé quantité de nouvelles réponses et de constats. Je vous remercie beaucoup d'avoir répondu à notre invitation et – dans la mesure où cela vous a été possible – d'être venus à Berlin, l'ancienne capitale de la Prusse disparue.

J'ai en tout cas l'impression qu'il ne saurait y avoir d'opinion divergente concernant la paternité prussienne de cette date anniversaire : l'Empire allemand proclamé le 18 janvier 1871 est une création prussienne, au-delà de l'unification des Länder allemands souhaitée ailleurs. Et nulle part ailleurs, à l'exception de Potsdam peut-être, l'héritage de la Prusse et les héritiers de la Prusse ne sont aussi présents qu'ici, à Berlin.

Nous venons effectivement de voir naître encore une fois sous nos yeux, de voir renaître certains édifices comme le château de Berlin des Hohenzollern, une reconstruction à double visage, historique et moderne.

Quelle idée aurait pu, mieux que le Humboldt Forum, illustrer cette pénétration possible du passé dans le présent ? Un lieu dont le nom s'inscrit dans la tradition de l'Aufklärung prussienne mais aussi, justement, un lieu où l'on pourra visiter l'héritage impérial du colonialisme allemand et s'interroger sur cet héritage, et qui fait d'ores et déjà débat, avant même l'ouverture au public. Traiter aujourd'hui le passé, y compris notre histoire coloniale, demeure à la fois un défi et un ambitieux processus d'apprentissage.

Le double visage du château de Berlin reconstruit me semble correspondre à l'empire des Hohenzollern lui-même. Cet empire qui a duré à peine un demi-siècle se situe entre la réaction et la modernité, et des personnalités

aussi différentes que Heinrich et Thomas Mann ont pu découvrir en lui des aspects diamétralement opposés, l'un le considérant comme un lieu de violence, d'oppression de la liberté, alors que l'autre voyait encore en lui en 1914 un « empire social » méritant d'être défendu au cours d'une « grande guerre nationale foncièrement honnête, voire solennelle ».

Il est certain que rares ont été les Allemands qui ont par la suite révisé leur jugement aussi radicalement et ouvertement que Thomas Mann. Lorsqu'il proclame son attachement à la République de Weimar en 1922, ce dernier déclare que la démocratie est plus proche de la culture et de la tradition allemandes que l'obscurantisme wilhelminien.

Effectivement, l'unification de l'empire, que Bismarck avait fini par imposer dans l'intérêt de la Prusse, cette unification tant attendue et qui avait auparavant échoué, développa une dynamique impressionnante, la révolution d'en haut favorisant des progrès dans l'économie, la science, la technique et la culture.

Dans la législation et la jurisprudence, la République fédérale d'Allemagne s'inscrit elle aussi encore dans la tradition de l'Empire allemand. Le code civil allemand ainsi que les débuts de la juridiction administrative ou la législation sociale bismarckienne constituent le fondement de l'histoire du droit allemand. Cette histoire perdure jusqu'à aujourd'hui dans ses structures fondamentales, même si de nombreuses couches d'ajustements nécessaires sont venues se superposer.

Le suffrage universel pour les hommes introduit en 1867 dans la Confédération de l'Allemagne du Nord et en 1871 dans l'Empire allemand était considéré comme le plus progressiste de son temps. C'est peut-être ce qui explique le plus clairement l'ambivalence de l'évolution politique de l'Empire allemand.

Pour Bismarck, le droit de vote devait avant tout servir ses intérêts personnels. Il espérait ainsi gagner les voix de la population masculine rurale conservatrice. Il ne voulait en aucun cas d'une démocratie dans laquelle les élus du peuple

détermineraient l'action du gouvernement. Vous connaissez tous cette citation : « Ce n'est pas par des discours et des votes de majorité que les grandes questions de notre temps seront résolues [...], mais par le fer et le sang », c'est ainsi que Bismarck avait exprimé un jour sa position et son mépris du parlement et de la démocratie.

Par une ruse de l'histoire peut-être, l'intention de Bismarck ne s'est réalisée qu'en partie.

Le droit de vote contribua à l'époque essentiellement à la politisation de la société, au renforcement de l'opposition, à la formation du système de partis ainsi qu'au développement parlementaire de l'Allemagne. Je songe à d'illustres députés venant des horizons politiques les plus divers comme Ludwig Windthorst, Eugen Richter ou August Bebel.

Mais ces parlementaires virent leur réputation grandir surtout dans l'opposition au gouvernement car ils ne parvinrent pas à obtenir des responsabilités au sein de ce dernier. Dans le monde de Bismarck, le gouvernement contrôlait le parlement, et non l'inverse.

En dépit du droit de vote et du Reichstag, il n'y avait pas de processus démocratique qui puisse résoudre les conflits sociaux et assurer ainsi la cohésion de la nation. C'était à la lutte contre les ennemis extérieurs et à l'exclusion de soi-disant ennemis de l'intérieur de garantir la cohésion interne de l'empire. Cela s'effectua, selon les circonstances, au détriment avant tout de la population polonaise et catholique, mais aussi de l'opposition sociale-démocrate, et finalement de la population juive qui disposait formellement des mêmes droits mais faisait néanmoins l'objet d'un antisémitisme croissant.

Quelles conclusions peut-on et veut-on tirer de cette évolution ? Cette question est tout à fait d'actualité : une nation ne repose pas sur l'homogénéité ethnique et religieuse, et le patriotisme n'est pas un privilège de l'aile droite. Le suffrage universel ne fait pas à lui seul une démocratie. Lorsque la démocratisation de la société, l'émergence de la société civile, l'exercice de la liberté

d'expression, le droit à la participation, lorsque tout cela ne correspond pas aux possibilités de participation du parlement, celui-ci reste alors durablement exclu du gouvernement, et le simple exercice périodique du droit de vote peut également soutenir un régime autoritaire. Néanmoins, une démocratie ainsi dirigée ne peut assurer vraiment dans la durée la cohésion et la stabilité d'une société.

Pourquoi l'Empire allemand, en dépit de ses progrès et de ses emprunts à la modernité, n'a-t-il pas été une réalisation durablement réussie ? Il existe naturellement bien plus d'une réponse à cette question et je ne doute pas que nous en entendions aujourd'hui plusieurs, toutes différentes.

L'une de ces réponses en tout cas est pour ainsi dire incontestée : la « guerre » en tant que mythe fondateur idéalisé, et surtout l'empreinte spécifiquement prussienne du militarisme.

Dès le début, il y a eu des oppositions à l'unification de l'Empire allemand obtenue par la Prusse après trois guerres, proclamée sur le sol français et payée avec le tribut de l'inimitié de la France. La proclamation de Guillaume I^{er} comme empereur allemand déclencha même au sein de sa propre famille un certain malaise. Le prince héritier craignait les conséquences de la politique bismarckienne du sang et du fer qui, disait-il, avait certes rendu l'empire « grand et puissant » mais l'avait par ailleurs privé de ses amis, des sympathies du monde et de sa « bonne conscience ».

Selon l'analyse de Heinrich August Winkler, le rôle social de l'armée et de son corps des officiers, et en particulier le commandement exclusif du roi de Prusse, laissaient pointer un peu d'absolutisme dans le présent de l'Empire allemand. La plus lourde hypothèque pour la République qui succéda à l'Empire était cependant en réalité que le parlement ne fût mis face à ses responsabilités qu'après l'échec de l'ancienne élite. Ainsi, la responsabilité de la défaite militaire de l'Empire allemand pendant la Première Guerre mondiale devait, elle aussi, être attribuée aux forces démocratiques. Ce qui, plus tard, servit en tant que « légende du coup de poignard » à mobiliser les ennemis d'extrême droite

de la République était dès le départ un lourd fardeau pour la République de Weimar et, par conséquent, pour la démocratie.

Cette hypothèse, c'était justement avant tout le mépris du pluralisme et de la démocratie manifesté par le régime impérial et ses élites, c'était quelque chose qui avait eu des effets non seulement sous la République de Weimar mais aussi par la suite. « La réponse allemande à la liberté, l'égalité et la fraternité, quintessence de la démocratie occidentale, se traduisait en gros par ordre, discipline et intériorité », comme le résume fort bien Heinrich August Winkler. Pour Guillaume II, le parlement était la « maison des singes de l'Empire ». Le rejet de la démocratie comme étrangère et non allemande s'est révélé funeste. Les Allemands n'occultent pas l'histoire quand ils se confrontent – et à juste titre – à l'héritage de l'Empire allemand. Un empire dont l'évaluation ne peut qu'être ambivalente.

D'où ma question : avons-nous besoin aujourd'hui – à une époque où l'on a tendance dans la pratique politique actuelle à se référer à l'Empire allemand de manière non critique et en en faisant l'apologie – avons-nous besoin d'une « intervention politico-historique » ? Devons-nous nous défendre contre les tendances néo-nationalistes actuelles, et éventuellement nous défendre contre elles autrement que nous ne le faisons ? Qui répond foncièrement par la négative doit le faire en ayant une grande confiance dans la capacité de résistance des institutions démocratiques, et pas seulement les siennes. Mais qui considère cette question comme alarmiste ignore éventuellement aussi le mépris des adversaires de la démocratie pour ses institutions. La vue des drapeaux de guerre du Reich sur les marches du bâtiment du Reichstag à Berlin, les images de la tentative d'assaut de notre parlement il y a quelques mois et de l'envahissement du Capitole à Washington il y a quelques jours devraient en tout cas nous empêcher d'être sûrs de nous. La démocratie n'a pas seulement besoin de défenseurs sûrs d'eux, elle a également besoin de défenseurs éclairés, habiles et résistants.

La question du legs de l'Empire allemand – jusque dans l'Allemagne contemporaine – reste donc importante. Nous ne devrions pas considérer avec embarras

et perplexité ce que nous avons hérité de cette époque. Il nous faut comprendre cet héritage et le resituer dans son contexte, le faire parler à nouveau et en tirer les enseignements pour aujourd'hui et pour demain.

C'est ce que je me propose de faire avec vous, mes invités.

Impressum / Imprint / Mentions légales

Herausgeber / Publisher / Éditeur

Bundespräsidialamt / Office of the Federal President / Présidence fédérale
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Press and Public Relations /
Presse et relations publiques

Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion / Editing / Rédaction

Dr. Heiko Holste, Imke Sommer
Bundespräsidialamt / Office of the Federal President / Présidence fédérale
Die Rede des Bundespräsidenten ist redaktionell bearbeitet wiedergegeben.
The Federal President's speech is reproduced in edited form.
Le discours du président fédéral a été adapté pour la publication.

Lektorat / Copy-editing / Relecture

Franziska Nauck, Frankfurt am Main

Übersetzung / Translation / Traduction

Sprachendienst, Auswärtiges Amt /
Language Services Division, Federal Foreign Office /
Services linguistiques, ministère fédéral des Affaires étrangères

Bildnachweis / Photographs / Crédits photographiques

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /
Press and Information Office of the Federal Government /
Office de presse et d'information du Gouvernement fédéral
Guido Bergmann – Seite / page 10
Sandra Steins – Seiten / pages 5, 8, 13, 17
bpk Berlin / Hermann Buresch – Titel / Cover / Couverture
Thomas Gebauer (Morina); Alain Mandel (Miard-Delacroix); ZDF, Tobias Schult
(Clark); Uni Marburg, Rolf K. Wegst (Conze) – Seite / page 14

Satz & Gestaltung / Typesetting and design / Composition et mise en page

hei design, Berlin

Druck / Printing / Impression

Königsdruck Berlin

Berlin, Juli 2021

